

› PRESSEMITTEILUNG

VKU Bayern legt Erwartungen an die nächste Bayerische Staatsregierung vor: Versorgungssicherheit bürgernah – Datenzugriff für kommunale Unternehmen gestalten

München/Aschaffenburg 12.07.2018

„In Zeiten der Digitalisierung und neuer Geschäftsmodelle vor allem in der Energiewirtschaft bekommen Daten, ihre Verwendung und Nutzung einen immer größeren Stellenwert. Versorgungssicherheit, effiziente Sektorkopplung und bürgernahe Dienste stellen unsere kommunalen Unternehmen über Daten sicher. Die Bayerische Staatsregierung muss in den Diskussionen über ein Datengesetz auf Bundesebene darauf achten, dass auch wir unsere Daten wirtschaftlich nutzen dürfen. Das stärkt die Wertschöpfung vor Ort“, forderte Josef Hasler, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), in einem Pressegespräch am Rande der Vorstandssitzung bei den Stadtwerken Aschaffenburg. Hasler stellte das VKU-Positionspapier „Wir halten Bayern am Laufen – Positionen zur Wahlperiode 2018 – 2023“ vor.

„Unsere Unternehmen sichern im Freistaat seit mehr als 100 Jahren eine Versorgung mit Strom, Gas und dem Lebensmittel Nummer 1: Trinkwasser“, so Hasler. „Hinter diesem Selbstverständnis liegt viel technisches Know-how und eine hohe Anpassungsfähigkeit an die ortsspezifischen Anforderungen. Unsere Unternehmen sind am Puls der Zeit und agieren vorausschauend, beispielsweise mit Blick auf die Elektromobilität.“ Gastgeber Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Stadtwerke Aschaffenburg, präzisierte eine der Forderungen der Landesgruppe für „seine“ Stadt: „Behalten wir die Datenhoheit hier in Aschaffenburg, können wir auf Augenhöhe mit den Start-Ups arbeiten, die wir in unserem neuen Gründerzentrum für die Region ansiedeln.“ Gerlach weiter: „Das Gründerzentrum soll wie ein Biotop digitale Geschäftsideen an den bayerischen Untermain holen und junge Talente in der Region halten.“ Dabei seien die Stadt Aschaffenburg und der Freistaat Bayern wichtige Partner. „Die Digitalisierung macht in den Kommunen Lösungen möglich, die das soziale Netz vor Ort stärken. An diesen muss die Politik noch intensiver mit uns arbeiten“, so Gerlach. „Wir bauen derzeit das öffentliche WLAN für Aschaffenburg aus. Damit schlagen wir für unsere Bürger den Bogen zu den globalen sozialen Netzwerken.“

Mit Blick auf die Versorgungssicherheit der Stromverteilnetze machte Landesgruppenvorsitzender Hasler deutlich, dass „die Verteilnetzbetreiber Zugriff auf die Datenkommunikation zwischen den vielen tausenden Anlagen erneuerbarer Energie, die an den Verteilnetzen angeschlossen sind, den Speichern sowie den Stromkunden brauchen. Die Daten dieser Anlagen bilden die Voraussetzung dafür,

Emmy-Noether-Str. 2
80992 München

Geschäftsführer:
Gunnar Braun

braun@vku.de
www.vku.de

Fon +49 89 2361-5091
Fax +49 89 2361-705091

dass der vor Ort produzierte Strom auch ortsnah verbraucht werden kann.“ Das Positionspapier erläutert den schnellen Wandel hin zu modularer, dezentraler Energieversorgung. „Stadtwerke vor Ort sind die idealen Partner, diese neuen Strukturen zu koordinieren. Subsidiarität – die Verantwortung vor Ort in übergeordneter Partnerschaft – ist hier das Stichwort“, so Hasler.

Schon heute verbinden kommunale Unternehmen Strom, Wärme und Mobilität, nutzen Energie aus Abfall und Klärwerken, stellen Strom, Wärme und Kälte aus hocheffizienter Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung bereit. „Diese Sektorkopplung müssen wir ausbauen. Sie braucht die volle Aufmerksamkeit der Politik“, forderte Hasler. „Stolpersteine wie Endabgaben für Speicher oder fehlende Anerkennung von Kosten intelligenter Steuerung der Verteilnetze muss die Politik aus dem Weg räumen. Innerhalb der kommenden Wahlperiode geht das letzte Kernkraftwerk 2022 vom Netz, weshalb wir die Rahmenbedingungen für die neuen, dezentralen Strukturen jetzt schaffen müssen.“

Forderungen des Positionspapieres umfassen auch die ältesten Aufgaben der kommunalen Unternehmen: Die Trinkwasserversorgung, die Gasnetze, die Abwasserentsorgung und die Abfallwirtschaft. Flächendeckende und leistungsfähige Breitbandversorgung mit Glasfaser als zukunftsfähige Technik unterstreicht die Landesgruppe als schon langjährige Forderung an die Politik. Das Vorsorgeprinzip für den Wasserschutz muss zentrale Leitlinie für die Politik bleiben, bis in die Landwirtschaft hinein.

Hasler abschließend: „In Bayern leisten die 37.000 Beschäftigte in kommunalen Unternehmen, die oft stille, aber jeden Tag aufs Neue verantwortungsvolle und lebenswichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge, die unsere Bürger und auch die Wirtschaft mit Trinkwasser, Strom, Wärme und schnellem Internet versorgt. Kommunale Unternehmen sind damit ein entscheidender Standortfaktor Bayerns. Deshalb gehen wir zuversichtlich in die Gespräche mit den politischen Entscheidern.“